

Öl im Oberwald

Wie es aussieht, gibt Mitteldorf noch oft Stoff ab für „blickpunkt“-Artikel. Vieles an der Firma im Oberwald und auch einiges drumherum schmeckt uns gar nicht. Seit 1972 droht Mitteldorf der Stadt mit hohen Schadenersatzforderungen, wenn die in früheren Jahren einmal versprochenen Flächen zur Kiesausbeute nicht freigegeben würden.

Am 11. Juli gab die Stadtverordnetenversammlung in einer nicht-öffentlichen Sitzung dem Kiesmillionär grünes Licht für die Anlage einer neuen Kiesgrube in unserer Gemarkung.

Der damalige DKP-Antrag, diesen Punkt öffentlich zu diskutieren, wurde abgelehnt. Daraufhin schaltete die DKP-Fraktion die Kommunal-Aufsicht ein. Nach unserer Meinung hätte die Mitteldorf-Vorlage entsprechend der „Hessischen Gemeindeordnung“ öffentlich behandelt werden müssen. Die Abstimmung wäre dann anders ausgefallen. Die Kommunalaufsicht im Landratsamt läßt sich aber Zeit. Seit Juli warten wir auf Antwort. Eine andere Antwort erhielten wir vom Landratsamt, die aber gefiel uns gar nicht. Aber das ist schon wieder eine neue Geschichte.

34 Tonnen ölverseuchte Erde

Im Sommer bekam die DKP-Fraktion einen Hinweis, daß es auf dem Mitteldorf-Gelände Ölunfälle gegeben haben soll. Wir übergaben entsprechende Beweise den Behörden und diese wurden fündig. 20,3 Tonnen ölverseuchte Erde mußten zur Altölverbrennungsanlage gefahren werden.

Das war aber noch nicht alles. Als wir erneut eine verseuchte Stelle angaben, konnten die Behörden an der angegebenen Stelle nichts finden.

Mitteldorf hatte einfach die obere Schicht Erde abgehoben und frische Erde aufgefüllt. Nachdem wir aber auf unsere Abgabe beharrten, wurde auch diese Ölverseuchung gefunden, 13,3 Tonnen Ölerde mußten jetzt zur Verbrennungsanlage.

„Die Kleinen hängt man...“

Wer jetzt glaubt, diese saubere Firma bekäme für diese Grundwassergefährdung einen ordentlichen Strafzettel, der täuscht sich. Zwar kriegt ein 18-jähriger, wenn er sein Moped auf einem Feldweg wäscht, 100 DM Bußgeld, nicht so Mitteldorf. Herr Vollhard von der zuständigen Behörde auf dem Landratsamt sagte es auf Anfrage ganz deutlich: „Ich mach da nichts, nachher

komm ich bei Gericht nicht durch.“ Im übrigen meinte besagter Herr: „Mitteldorf ist mir von jeher als seriöse Firma bekannt, und was da passiert ist, rangiert bei uns als kleine Verschmutzung“. Diese „seriöse“ Firma setzt seit Jahren unsere Stadt unter Druck. Bei 40 Mann Gesamtbelegschaft gibt es dort keinen Betriebsrat, die sanitären Verhältnisse sind unverantwortlich. (Wir haben uns den Mitteldorf-Plumpsklo selbst angesehen und die Eimer, in denen sich die Arbeiter dort im Freien waschen müssen.) Wir können auch nachweisen, daß die Firma beim damaligen Ölunfall grob fahrlässig gehandelt hat, indem sie den Unfall vertuschen ließ.

(Ein Mitteldorf-Verantwortlicher soll sogar ein Loch in den Betonboden geschlagen haben, damit das Öl absickern konnte.) Es gibt keinen Grund, Mitteldorf zu schonen.

Der neue „blickpunkt“-Kalender ist da!

Bilder aus der Sport- und Kulturgeschichte unserer Stadt zeigt der „blickpunkt“-Kalender 1979.

Für DM 6,— ist er erhältlich bei allen Mitgliedern der DKP - Mörfelden, in den Buchhandlungen und bei der Druckerei Scholl + Klug, Heinrichstraße.

Auf dem Weg zum 7-Stunden-Tag

Der Kampf um in die 35-Stunden-Woche

Schneetreiben, Kälte, Matsch auf den Straßen — die Tage des Streiks in der Stahlindustrie sind wirklich kein Honigschlecken. Das ändert aber nichts an der Kampfentschlossenheit der Stahlkocher. Sie harrten aus auf Streikposten, stehen Schlange in den Streikbüros, diskutieren, verteilen Streikinformatoren der IG Metall. Die Stimmung ist gut. Das Industriegebiet um Rhein und Ruhr ist in den letzten zehn, zwanzig Jahren schon gebeutelt worden. Die Probleme des Kapitalismus in der Bundesrepublik spiegeln sich hier wieder wie sonst, oder noch ein wenig schlimmer. Nicht nur Hochkonjunktur wurde hier erlebt mit Sonderschichten und Überstunden, sondern auch Feierschichten, Kurzarbeit, Zechensterben, Arbeitslosigkeit, Umschulungen etc. Existenzangst geht schon seit Jahren um.

Bei der geförderten Verkürzung der Wochenarbeitszeit geht es darum, Arbeitsplätze sicherer zu machen, die rapide Arbeitsplatzvernichtung zumindest abzubremsen. Gegenwärtig werden monatlich 1000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie vernichtet. Fast 50.000 wurden seit 1975 vernichtet. Ohne eine Arbeitszeitverkürzung würden die Belegschaften der Stahlindustrie bis zum Jahre 1985 halbiert. Und neue Arbeitsplätze sind nirgendwo in Sicht. Gegenwärtig werden die streikenden Stahlarbeiter und ihre Gewerkschaft, die IG Metall, einem wahren Trommelfeuer der öffentlichen Medien und der unternehmerhö-

rigen Presse ausgesetzt. Auch die unternehmerfreundlichen Politiker von Kohl bis Lambsdorff beeilen sich, die Interessen der Unternehmer zu verteidigen. Als einzige Partei bejaht und unterstützt die DKP ohne Wenn und Aber die Forderungen der Stahlarbeiter und ihrer Gewerkschaft. Interessantes weiß einer der Pförtner der Krupp-Stahlwerke Südwestfalen, Werk Niederschalten zu berichten: „Ich bin seit fast 40 Jahren hier beschäftigt. Erst wurden wir nach 1945 ‚entflochten‘. Dann waren wir ein Hoesch-Betrieb. Dann kamen wir zu den Stahlwerken Südwestfalen. Und jetzt sind wir bei Krupp gelandet.“



Mehrere hundert Antifaschisten aus Hessen und Rheinland-Pfalz, darunter auch zahlreiche Mörfelder, nahmen an einer feierlichen Einweihung einer Gedenktafel am ehemaligen KZ Osthofen teil. In diesem ehemaligen Konzentrationslager waren 1933 auch 70 Mörfelder Bürger inhaftiert. Die Gedenkfeier fand mit Kranzniederlegungen an der Gedenktafel ihren Abschluß. Auf der Tafel stehen die Worte: „Hier war 1933 - 45 das hessische KZ-Lager Osthofen. Niemals wieder!“ Unser Foto zeigt Teilnehmer der VVN aus dem Kreis Groß Gerau: „Osthofen mahnt — Nie mehr Verfolgung — Weg mit dem Berufsverbot!“

Immer wurden wir verkauft!

Der Pförtner vergleicht: „Immer wurden wir verkauft und gekauft — wie im Mittelalter unter den Fürsten. Der einzige Unterschied bestand darin, daß wir nicht wie früher bei jedem Fürstenwechsel auch die Religion wechseln mußten. Das Ergebnis aber bestand für die meisten Kollegen darin, daß sie mehr leisten mußten.“

Die Stahlbosse interessiert nur der Profit

Was die Unternehmer nicht sagen ist, daß die Arbeitsproduktivität sich in den letzten Jahren Jahr für Jahr um 4,5 Prozent erhöht hat. Die Leistung jedes einzelnen Arbeiters je Stunde hat sich seit Einführung der Fünftagewoche mit 40 anstelle von 48 Stunden also mehr als verdoppelt. Die Preise je Tonne Stahl haben sich mehr als verdreifacht. Die Stahlunternehmer könnten also sogar die 30-Stunden-Woche einführen und hätten immer noch daran verdient. Die Unternehmer antworteten auf den Streik mit Aussperrung. Es scheint Mode zu werden, daß die ganze wirtschaftliche Macht eingesetzt wird, um die Gewerkschaften finanziell zu Boden zu ringen. Hierzu ist die Solidarität des DGB und seiner Einzelgewerkschaften nötig, um die Front zu brechen. Jüngst sagte der zweite Vorsitzende von Hessen der IG Druck und Papier in Frankfurt: „Wir haben es bei der 35-Stunden-Woche mit einem zehnfach stärkeren Kampf zu tun, als seinerzeit bei der 40-Stunden-Woche. Eine Gewerkschaft allein wird es nicht schaffen.“ Die Gewerkschaften dürfen nicht auf die Gerichtsurteile warten, die evtl. die Aussperrung als verfassungswidrig verbieten. Recht ist nichts starres, sondern etwas, was ständig erkämpft und verteidigt werden muß.

Wer aussperrt, gehört eingesperrt!

Die Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen verbietet den wirtschaftlichen Machtmißbrauch. Ein solcher aber ist die Aussperrung. Und die Landesverfassung gibt auch die Antwort auf derartigen Machtmißbrauch. Sie fordert nämlich die Überführung der Konzerne in Gemeineigentum. In Hessen verbietet die Verfassung die Aussperrung. Aber bis heute ist die Landesregierung noch nicht gegen die Verfassungsbrecher vorgegangen.

Die Stahlarbeiter kämpfen für uns alle — Solidarität ist notwendig!

Ein Streikposten vor dem Werkstor der Krupp-Stahlwerke Südwestfalen, Werk Dillenburg, sagte: „Die meisten Kollegen unseres Werkes sind sich darüber im klaren, daß dieser Streik lange dauern kann. Der Arbeitskampf ist das letzte Mittel, das wir einsetzen, um unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen. Niemand von uns hat diesen Streik gewollt. Aber jetzt gibt es kein Zurück mehr. Allein uns wäre lieber gewesen, wenn wir ohne Streik die 35-Stunden-Woche erreicht hätten. Aber die Arbeitgeber sind stur. Deshalb stehen wir jetzt jeden Tag rund um die Uhr Streikposten, solange, bis der Einstieg in die 35-Stunden-Woche geschafft ist.“

Gurus und Mord – bei uns nicht möglich?

Erschütternde Vorgänge erregten kürzlich die Menschen: „Wir sammelten uns auf dem freien Platz vor dem Tempel. Ärzte und Krankenschwestern verteilten Limonade mit Zyankali. Zuerst wurden die Babys und Kinder vergiftet – wir vergewisserten uns, ob auch alle wirklich tot waren. Dann waren wir selbst dran.“ Die wenigen Überlebenden schilderten das, was sich im Dschungel des lateinamerikanischen Staates Guyana ereignete. Von „Massenselbstmord“ wurde gesprochen und geschrieben, Diskussionen über Gründe geführt, Fragen gestellt – oftmals blieb nichts als Ratlosigkeit. Wie ist es möglich gewesen, daß 900 Mitglieder der Sekte „Tempel des Volkes“ sich – wie es heißt – „freiwillig“ umbringen? Und: Kann so etwas auch in unserem Land passieren?

Es könnte passieren. Und es könnte sogar bei uns in Walldorf passieren. Wir berichteten schon einmal (blickpunkt Nr. 52 – Januar 78) über die „Vereinigungskirche“, die hier in Walldorf einen Verlag unterhält – die „Paul Werner Verlags GmbH“ in der ehemaligen Textilfabrik an der B 44. Im gleichen Gebäude befindet sich die ebenfalls zur „Vereinigungskirche“ gehörende Firma Werner & Winkler, die mit Ginseng-Produkten handelt, denen in Sektenkreisen allerlei heilende und andere Wirkungen zugeschrieben werden. Die Vereinigungskirche, auch Moon-Sekte genannt, unterscheidet sich im wesentlichen kaum von den anderen „Jugendreligionen“, denen in der BRD schon 150.000 junge Menschen auf den Leim gegangen sind.

„Gehirnwäsche macht aus jungen Leuten Marionetten“, erzählt ein ehemaliger Funktionär der „Kinder Gottes“. Die „Children of God“ (CoG) gehören zu den sechs „Jugendsekten“, die in unserem Land ihr Unwesen treiben. Ob sie nun „Tempel des Volkes“, „Scientology-Kirche“, Hare Krishna, „Transzendente Meditation“, „Vereinigungskirche“ oder „Divine Light Mission“ heißen – es gibt ein Grundprinzip, das alle gemein haben: Sie wollen ihren Mitgliedern zuallererst das Rückgrat brechen, willenlose Werkzeuge sollen geformt werden. Bei der „Er-Vereinigungskirche“ – auch in Wall-

dorf – beginnt der Drill morgens um 5.30 Uhr.

Exorzismus

Erschreckendes können diejenigen berichten, die sich von diesen selbsternannten „Göttern“ lösen können. „Fälle von Exorzismus“, „mit den obersten Führern Geschlechtsverkehr haben“, „erst duschen und dann vor Männern onanieren“, „Selbstverbrennungen“ gehören zu den bitteren Erlebnissen.

Eine Folgeerscheinung: Die Zahl der verzweifelten Eltern wächst ständig. Trotz aller Versuche, finden sie kaum eine Möglichkeit, ihre Kinder aus dem Teufelskreis herauszuholen. Gesetzliche Handhabe gibt's angeblich nicht. An diesem Eindruck ändern auch einige Prozesse nichts. Nehmen wir den „Hare-Krishna-Prozeß“ in Frankfurt vor einigen Monaten. Bettelbetrug, Kindesentziehung, Unterschlagung, Strafreitelung, Urkundenunterdrückung, Verletzung des Postgeheimnisses und Verstoß gegen das Waffengesetz standen als Punkte in der Anklageschrift. Ergebnis: Geldstrafen von im Höchstfall 5000 Mark wurden verkündet. Das Interesse an Strafverfolgung scheint im Fall der Sekten nicht sehr groß zu sein.

Die Gurus scheffeln

Alle Scharlatane, die sich als „Göttlichkeit“, Moses, Guru oder Yogi bezeichnen, sind Millionäre oder Milliardäre. Sie verfügen über ein riesiges Heer von Bettlern, ohne Verdienst Arbeitenden, Bücher- oder Ginsengvertretern. „Unsere Tochter hat 11.000 Mark mitgenommen und die persönliche Habe von 2000 Mark“, erzählt ein Vater, dessen Tochter Hals über Kopf einer Sekte beitrag. Gegen diese Praktiken wird von den verantwortlichen Politikern unseres Landes und deren Hintermänner nichts unternommen. „Zuschauen und manchmal sogar fördern“ scheint die Devise zu sein. Lieber 150.000 junge Menschen ohne eigenen Willen, als 150.000 kritische Denker. Und das hat natürlich Hintergründe: Ziel der „Vereinigungskirche“ ist die

„Befreiung der Welt vom Kommunismus“.

Damit paßt diese Sekte nahtlos in das Konzept der Berufsverbote und Gesinnungsschnüffler in CDU und „Verfassungsschutz“.

Fähig zum Mord

„Wenn Sektenführer Moses sagt, ihr müßt diese Leute vernichten, dann sind diese Leute nicht mehr fähig zu denken, sondern sie würden auch einen Mord begehen“. Das erzählte das ehemalige „Kind Gottes“ Monika Schurr in einem Rundfunkinterview. In Guyana gab der Sektenführer des „Tempel des Volkes“ Jim Jones den Befehl.

Bei uns nicht möglich?

С Новым годом,
желаем счастья и успехов

Our best wishes
for a successful New Year

Nos meilleurs vœux de succès
pour le nouvel an

Con nuestros mejores deseos
para un próspero Año Nuevo

DKP

Usbeken in Walldorf

Die Volkshochschule Mörfelden-Walldorf war Gastgeber einer außergewöhnlichen Folkloregruppe. Mit der üblichen russischen Folklore, die mancher der ca. 300 Besucher erwartet hatte, bestanden kaum Gemeinsamkeiten. Das usbekische Gesangs- und Tanzensemble „Chilola“ brachte für deutsche Ohren Ungewohntes. Das Repertoire der Gruppe führte in die Welt asiatischer und orientalischer Musik. Dazu ein Augenschmaus die bunten, glitzernden Kleider der Tänzerinnen. Der Abend zeigte eine weitere Seite des großen Buches sowjetischer Kultur, die in dem Vielvölkerstaat UdSSR gepflegt wird. Das Programm gefiel, der Applaus der zahlreichen Zuschauer bezeugte es. Befremdend wirkte es allerdings, daß es von Seiten des Veranstalters auf der Bühne kein Begrüßung, keine Blumen und kein „Danke schön“ gab. Bei einem Auftritt eines deutschen Ensembles in der Sowjetunion wäre dies selbstverständlich gewesen. Man hat hier noch einiges zu lernen.

Nur wenn die Bevölkerung einmütig dagegen protestiert, kann die Flughafen-Erweiterung verhindert werden !

Es schien, als wäre zum Thema Flughafen ausbau alles gesagt, die Argumente für und gegen die Erweiterung wären erschöpft. Doch die laufenden neuen Ereignisse, die Tatsachen, die oft klammernd getroffen werden, bedingen die ständige Diskussion, die ständige Wiederholung unserer Argumente. Wir sind nicht gegen den Flughafen Rhein-Main. Wir sind auch für einen modernen Flughafen, für die Sicherheit des Flugverkehrs. Aber wir wehren uns gegen die ständige Vergrößerung der Fluganlagen, die von uns und von Fachleuten als nicht notwendig angesehen werden. Wir brachten schon oft Vorschläge, wie die modernen Landeinrichtungen ohne Waldabholzung erreicht werden können. Auch auf Kosten des Militärflughafens wären Erleichterungen möglich. Darüber zu diskutieren, darf kein Tabu sein. Wir sehen in dem Versuch, die Startbahn zu verlängern, ein „Salami-Scheibchen“ mehr auf dem Wege zur neuen Startbahn West. Wer jetzt der Abholzung von ca. 300 ha Wald zustimmt, der wird auch noch den restlichen gut 100 ha zustimmen, die die Startbahn West beansprucht. Dabei sehen wir natürlich, Bonner Re-

gierungsstellen machen Druck auf den baldigen Ausbau des Flughafens Rhein-Main. Bei der Einweihung des neuen Frachtzentrums sagte Staats-

Merfeller Gebabbel

Viele interessante Bilder vom „Alten Mörfelden“, Sprüche in Mundart und ein Dialektwörter-Verzeichnis, sind in diesem Buch zusammengefaßt.

Hätten Sie nicht Lust, es kennenzulernen? Haben Sie schon daran gedacht, daß Sie mit diesem „Merfeller Gebabbel“ Ihren Verwandten oder Bekannten, auch denen die vielleicht früher in Mörfelden wohnten, eine große Freude machen können? Auch „Zugezogene“ sollten sich dieses Buch kaufen, damit es keine Verständigungsschwierigkeiten mit den Alteingesessenen mehr gibt.

Erhältlich ist es zum Preis von DM 15,- bei den Mörfelder Buchhandlungen, der Druckerei Scholl und Klug, bei den DKP-Stadtverordneten und allen Mitgliedern der DKP.

sekretär Ruhnau es deutlich: Die Bundesregierung ist für den baldigen Baubeginn. Kurz nach der hessischen Landtagswahl glaubt man auch in Wiesbaden die Stunde für gekommen, um ein „offenes Wort“ zu sprechen.

Jetzt braucht man auf Wählerstimmen nicht mehr Rücksicht zu nehmen. Deutlich spricht man von den Interessen der Wirtschaft am Flughafen. Da muß dann wohl das Interesse der Umlandbewohner zurückstehen. Nur wenige Wochen nach der Wahl hat die Landesregierung mit der FAG den Kaufvertrag über ca. 300 ha Wald beschlossen.

Wir halten auch nichts von einer gewissen Wortradikalität, um nachher klein beizugeben. So geschehen bei der neuen Radaranlage im Walldorfer Schonwaldbereich und jetzt wieder nachvollziehbar bei der Verlängerung der Startbahnen.

Den Protest an der Okrifteler Straße aufzuhängen, die statt untertunnelt um den Flughafen herumgeführt werden soll, wäre zu wenig. Wenn nicht grundsätzlich gesagt wird, daß die gesamte Waldabholzung für die Region unzumutbar ist.

Scheinheilig sind die FAG-Argumente, die besagen, daß die Luftturbulenz, die die Ventilatoren eines evtl. Strassentunnels brächten, dem Flugverkehr ein Risiko bedeuten. Wir meinen: Man schreckt vor den hohen Kosten zurück. Wald wird in diesen Kreisen nicht so hoch eingeschätzt als Millio-nengewinne. Es ist immer noch nicht zu spät gegen den Flughafen ausbau mobil zu machen. Nur eine geschlossene Front aller politischen Kräfte unserer Stadt, aller Bürger und Organisationen kann ausreichen, den Moloch Flughafen zu stoppen.

R. Dötsch



Die Proteste der Bevölkerung gegen die Flughafenenerweiterung nehmen zu. Eine Forderung der DKP wird jetzt Wirklichkeit: Alle Parteien wollen gemeinsam gegen die neue Startbahn West vorgehen. Unsere Bilder: Eine Protesttafel der DKP in der Westendstraße, Warnschilder am Lindensee.

Antrag der DKP-Fraktion

Der Magistrat wird beauftragt, im Frühjahr 1979 eine ganztägige öffentliche Expertendiskussion zum Flughafen ausbau im Bürgerhaus Mörfelden durchzuführen.

Begründung:

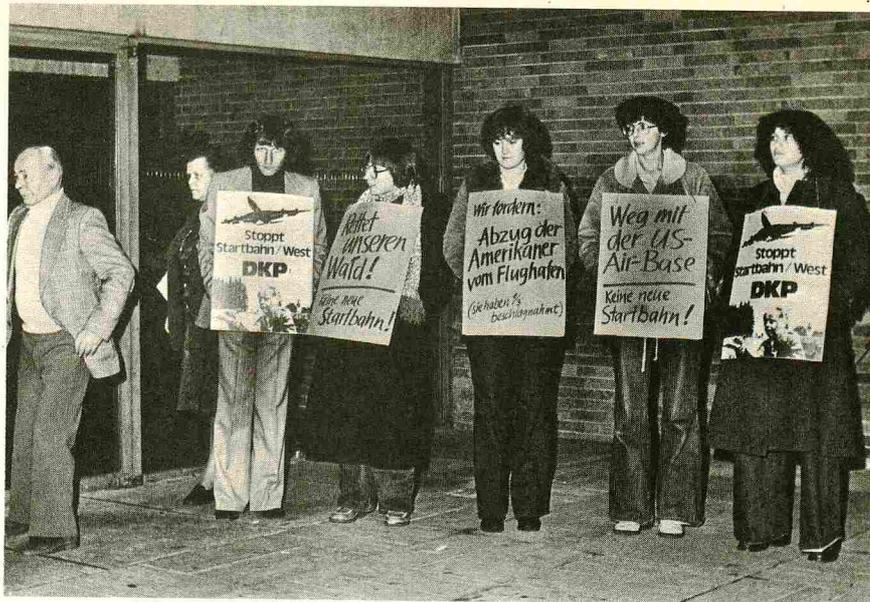
Neben der FAG fordern zunehmend die Vertreter der Bundesregierung und des Landes Hessen, die Spitzen der FDP, CDU und SPD, den weiteren Ausbau des Rhein-Main-Flughafens. Wir erleben, wie jeden Tag neue Tatsachen geschaffen werden, die uns der geplanten Startbahn-West näherbringen. Dazu gehört, daß man für viele Millionen die vorhandenen Startbahnen verlängern will, obwohl man damit keine Kapazitätserweiterung erreichen kann. (Man ist damit dem Ziel Startbahn-West wieder näher gekommen, der Anschluß ist dann vorhanden.) Zu der vorgeschlagenen öffentlichen Veranstaltung sollten neben Vertretern der örtlichen Parteien und Organisationen, den Vertretern der FAG und der Landesregierung vor allem Experten geladen werden, die über die Auswirkungen des Waldverlustes über die Zunahme von Lärm, über zunehmende Luftverschmutzung Auskünfte geben können.

Wir sehen in einer umfassenden öffentlichen Diskussion die Voraussetzung für eine gründliche Information der Bevölkerung über die Risiken eines weiteren Flughafenbaus.

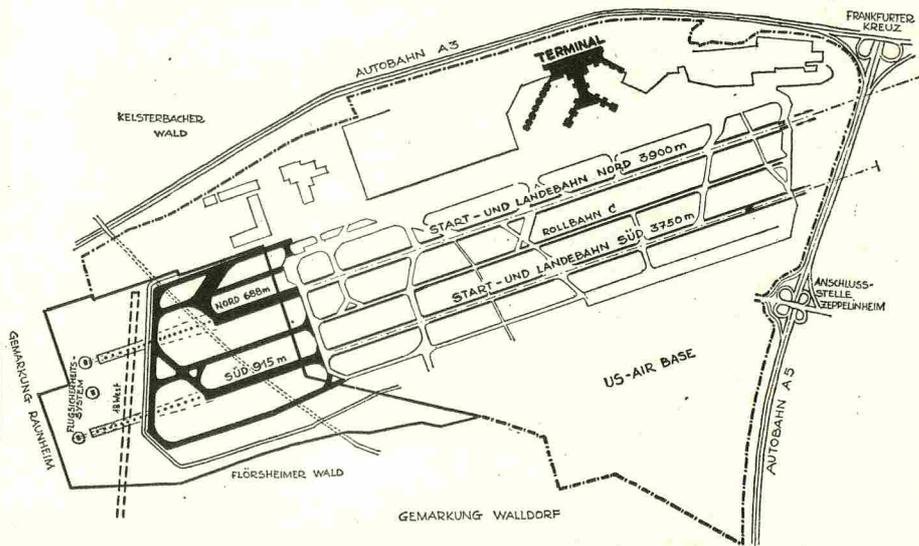
Brief

Gegen weitere Flughafen ausweitung wandte sich erneut Hans Kohlhepp, Mörfelden, Hochstr. 18. Aus seinem Schreiben an Wirtschaftsminister Karry bringen wir folgenden Auszug:

„Die geplante Flugplatz erweiterung, insbesondere die Startbahn 18 West hat die Bevölkerung im Umkreis des Flughafens sehr in Aufregung gebracht; nachdem außerdem noch bekannt geworden ist, daß die FAG, in dem von ihr begehrten Waldgelände, eine Firma mit Vermessungen beauftragt hat. Dieser Vorgriff ist unverständlich, nachdem das Urteil betr. Schwellenverlängerung und Startbahn 18 West erst in Kassel gefällt werden soll. Vor der Wahl haben die Landtagsabgeordneten des Kreises Groß Gerau erklärt, daß eine 3. Startbahn für die lärmgeplagte Bevölkerung unzumutbar sei. ...“



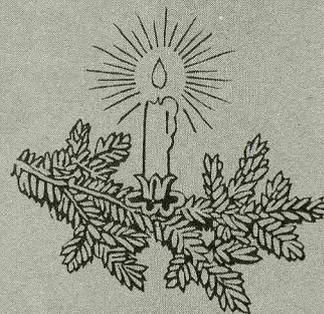
Junge Mitglieder der DKP protestieren gegen die Ausbaupläne des Flughafens. Vor der Bürgerversammlung im Bürgerhaus Mörfelden fordern sie: „Weg mit der US-Air-Base – keine neue Startbahn!“



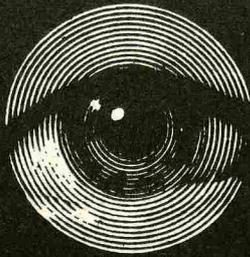
Moloch Flughafen. Der schwarz ausgezeichnete Teil, die Parallelbahnverschiebung, soll jetzt in Angriff genommen werden. Sie kostet viele Millionen und 303 Hektar Wald – bringt aber keine wesentliche Kapazitätsausweitung. Hauptgrund für die Bahnverschiebung – man kommt damit der geplanten Startbahn West, die dann bei Mönchbruch herauskommen würde, ein Stück näher. So geht die FAG vor – scheinbarweise.

Zu den bevorstehenden Feiertagen wünschen wir viel Freude und Erholung, zum neuen Jahr persönlichen Erfolg und Frieden.

DKP
Mörfelden-Walldorf



BLICKPUNKT KOMMUNAL



Anträge der DKP-Fraktion

Die DKP-Fraktion kümmert sich um die Verkehrssituation im Gebiet Rüsselsheimer Straße/Hubertusstraße. Hierzu folgende Anträge an das Stadtparlament:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die östliche Seite der Hubertusstraße von der Forsthausstraße bis Rüsselsheimer Straße soll mit Parkverbot belegt werden.

Zur Begründung wird angeführt: Die Hubertusstraße wird häufig von LKW und PKW als Parkzone benutzt. Dadurch ist diese Straße für Verkehrsteilnehmer nicht mehr übersichtlich. Wegen der Ein-

mündung der Fußgänger-Radwege zum Stadion und Waldschwimmbad ist die Gefährdung für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer besonders augenfällig. Durch ein Parkverbot auf einer Straßenseite könnte die Gefahrenquelle gemindert werden.

Das Parken auf der Rüsselsheimer Straße 30 m beiderseits der Einmündung der Wiesenstraße wird eingeschränkt.

Begründung:

Für motorisierte Verkehrsteilnehmer bedeutet es eine echte Gefahr, wenn sie aus der Wiesenstraße kommend in die Rüsselsheimer Straße einbiegen wollen. Diese Gefahr wird vergrößert, wenn die Sicht durch parkende Wagen genommen ist. Der Verkehrsteilnehmer steht dann schon halb auf der schnell befahrenen Rüsselsheimer Straße, bevor er die Verkehrslage überblickt. Ein Parkverbot im geforderten Umfang würde dieser Gefahr begegnen.

In der Rüsselsheimer Straße in Höhe des Fußweges Im Pfad/Fuchsweg wird eine Bedarfsampel installiert.

Begründung:

Die Rüsselsheimer Straße ist nicht nur eine der am stärksten frequentierten Ortsstraßen, sondern wegen ihres guten Ausbaus auch eine schnell befahrene Straße. Mit Hilfe der Ampelanlage kann einmal der Verkehr verlangsamt und dadurch Lärm gemindert werden, zum anderen gilt diese Straße für Schulkinder als eine erhebliche Gefahrenquelle. Ähnlich wie in der Westendstraße in Höhe Brückenstraße/Querstraße soll der Schulweg auch in der Rüsselsheimer Straße mit Hilfe einer Bedarfsampel sicherer gemacht werden. Diese Ampelanlage soll unabhängig von dem bereits geforderten Zebrastreifen in Höhe „Grüner Haag“ verlangt werden.

Anfragen der DKP-Fraktion

Durch den Bau neuer Straßen geht wieder viel Wald verloren. Die DKP will wissen, ob es aufforstbares Gelände gibt.

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Größenordnung wird der Waldeinschlag für die Südumgehung haben?
2. Gibt es in unserer Gemarkung aufforstbares Gelände? Wenn ja, ist es in städtischem Besitz? Gibt es bereits Pläne zur Aufforstung?

Begründung:

Der Wald hat in unserem Ballungsgebiet neben Erholungs- und Freizeitwert auch eine große Bedeutung für die Luftreinhaltung und das ökologische Gleichgewicht. Die Grundwasserabsenkungen der letzten Jahre sind alarmierende Vorzeichen. Dank des Wirkens der Umweltschützer hat sich das Bewußtsein für die Natur verbessert. Im Hinblick auf die dringend notwendige Verkehrsbelastung der Innenstadt ist die Südumgehung im Planungsstadium. Wald wird diesen Straßenbaumaßnahmen zum Opfer fallen. Laut Gesetz muß zwar die verlorene Waldfläche wieder neu geschaffen werden, doch nützt es der hiesigen Bevölkerung wenig, wenn diese Aufforstung irgendwo im Lande geschieht. Es gebietet sich, in unserer Gemarkung Wald neu anzupflanzen, und zwar möglichst vor dem Einschlag der für den Straßenbau benötigten Flächen.

Wir fragen den Magistrat:

Wie hoch waren die Einnahmen für die Parkplatzbenutzung während der Badesaison 1977 und 1978 am Walldorfer Badesee? Welche Ausgaben hatte die Kassierung verursacht?

Begründung:

Die Einführung der Parkplatzbenutzungsgebühr auch an Werktagen führte zur Meidung der Parkplätze im Badeseebereich. Dafür wurden entlang der B 44 und an Waldschneisen die PKW's abgestellt und dadurch eine teils gefährvolle und behindernde Situation geschaffen.

Eine Anregung

Die Litfaßsäule Ecke Frankfurter Straße/Weingartenstraße, sollte demnächst versetzt werden.

Für Fußgänger, die von der verlängerten Weingartenstraße aus die Frankfurter Straße in Richtung Bahnhofstraße überqueren wollen, versperrt zur Zeit diese Litfaßsäule die Sicht. Wer sich als Fußgänger überzeugen will, daß sich ihm kein Kraftfahrzeug nähert, muß bereits auf die Fahrbahn treten. Besonders im Interesse der Schulkinder und der älteren Mitbürger, die täglich an dieser Stelle die Straße überqueren müssen, halten wir das baldige Versetzen dieser Litfaßsäule für notwendig.



Infostand der DKP vor dem Spar-Markt. Jeden Samstag gibt es hier die Zeitung der DKP, die UZ. Jeden Monat den neuesten „blickpunkt“. Wir verkaufen Bücher, Bilder und unseren neuesten Kalender. Kommen Sie mal vorbei.

Schluß mit den Berufsverboten!

Seit dem hessischen Wahlkampf, in dessen Schlußphase sich Hamburgs Bürgermeister Klose für eine Liberalisierung des „Radikalenerlasses“ aussprach, vergeht kein Tag, an dem nicht über die Berufsverbote in Presse, Funk und Fernsehen berichtet wird. Eine Hoffnung wurde genährt. Bisher hat sich an der „Schnüffelpraxis“, an der Bedrohung gegen demokratisch aktive Menschen allerdings noch nichts gewandelt.

Auch in Hessen warten die von Berufsverbot Betroffenen und die in Ausbildung und Studium Stehenden auf ein klares Wort der neuen Landesregierung.

Börner sagte zum 40. Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht in der Frankfurter Paulskirche: „In einer allgemein mißtrauischen und angstgefüllten Amtosphäre bleiben die besten und richtigsten Unterrichtsziele graue Theorie, wenn Anpassung und Duckmäusertum die Oberhand gewinnen. Freie und selbstbewußte Kinder können nur in der Umgebung von freien und selbstbewußten Eltern und Lehrern heranwachsen. Deshalb lehne ich die, was das Einstellungsverfahren im Schuldienst anbetrifft, jeden Schnüffelstaat ab und werde die Liberalität des Landes Hessen strikt verteidigen.“ Diesen Worten sollten Taten folgen.

Die „Liberalität“ kann aber nur hergestellt werden, wenn Eva Kort-Petermann in Bensheim Lehrerin bleiben kann und nicht wie vorgesehen am 31. Januar 1979 entlassen wird, wenn Silvia Gingold, Helga Keil-Nagel, Ella Klammer, Hans Roth, Doris Schwert, Jörg Trinogga, Anke Wagner und alle anderen mit Berufsverbot Belegten und Bedrohten ungehindert ihren Beruf ausüben können. Mehr als hundert Berufsverbote, ungezählte Anhörungen und Überprüfungen haben auch in Hessen bewirkt, daß sich mancher scheut, am demokratischen Prozeß der Meinungs- und Willensbildung teilzunehmen. Dies sollte auch Sozialdemokraten nicht gleichgültig sein.

Im Gegenteil: Die Erinnerung an 100 Jahre Sozialistengesetze zeigt, wohin Unterdrückung der Meinungsfreiheit führt.

Die Forderung lautet:

- die sofortige Einstellung aller vom Berufsverbot Betroffenen;
- ihre völlige Rehabilitierung;
- die Wiedergutmachung des angerichteten Schadens, soweit das überhaupt noch möglich ist.

Macht mit bei den Jungen Pionieren!

Die Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation – wurden am 1. Juni 1974 in Bottrop gegründet. Mittlerweile gibt es schon in vielen Städten die Jungen Pioniere. Auch in Mörfelden sind wir schon seit einiger Zeit aktiv. Mitmachen können bei uns alle Kinder im Alter von sechs bis vierzehn Jahren.

Jeden Samstag treffen wir uns ab 15.00 Uhr im Mörfelder Jugendzentrum.

Wir bieten die Möglichkeit zu Spiel, Sport, Basteln, machen Ausflüge wie z.B. an Pfingsten usw.

Wir wissen, daß die Verwirklichung der Rechte der Kinder Voraussetzung für ihre glückliche Zukunft ist.

Unser Land ist ein kinderfeindliches Land.

In den Schulen gibt es zu große Klassen und zu wenig Lehrer, Kindergärten, Spiel- und Freizeiteinrichtungen sind mangelhaft oder fehlen ganz.

Bei der Forderung nach Bildung, Gesundheit und Freizeit sind die Jungen Pioniere bereit, mit allen Kräften zusammen zu arbeiten, die für solche Forderungen eintreten.

Unser Programm:

- 16.12. Wir studieren ein Singspiel ein.
6. 1. Wir üben weiter an unserem Singspiel.
13. 1. Generalprobe für unser Singspiel vom Baggerführer Willibald.

Wenn Sie noch Fragen an uns haben, rufen Sie doch mal unsere Pionierleiter an oder kommen Sie einfach samstags mal ins Mörfelder Jugendzentrum.

Brigitte Hechler, Würzburger Straße 5, Tel.: 2 18 89
Conni Hechler, Brückenstraße 10, Tel.: 14 30
Gitti Haag, Forsthausstraße 45, Tel.: 33 22

Frohes Fest!



UZ

Unsere Zeit
Zeitung der DKP

MERFELLER GEBABEL:

„Eine wahre Fundgrube“

Unser Buch „Merfeller Gebabbel“ ist gut eingeschlagen. Immer wieder erhalten wir freundliche Anrufe, neue Wörter werden uns genannt, zahlreiche historische Bilder sind uns zugegangen. Aber auch „Nichtmölfelder“ sagen uns Anerkennendes.

So schreibt der Frankfurter Mundartdichter Kurt Sigel, der kürzlich in Walldorf las, zum Buch: „Das Bändchen hat mich beeindruckt und mir beim Lesen einen Mordsspaß gemacht. Die darin versammelten Schprich sind eine wahre Fundgrube für Sammler, Liebhaber und Auch-Verfasser solch spontaner und deftig hingemalter Volksweisheiten, — also auch für mich. Ich selbst bin ja seit geraumer Zeit solchen

Zeugnissen des Volkswitzes auf der Spur und werde gern bei Gelegenheit aus dem Bändchen vortragen und zitieren.“

Albert Lehmann, SPD-Stadtverordneter in Raunheim, schreibt: „Ich habe das Buch „Merfeller Gebabbel“ erworben und kann dazu nur sagen: Meinen besten Glückwunsch und Hochachtung zu diesem schönen Werk für die Nachwelt.“

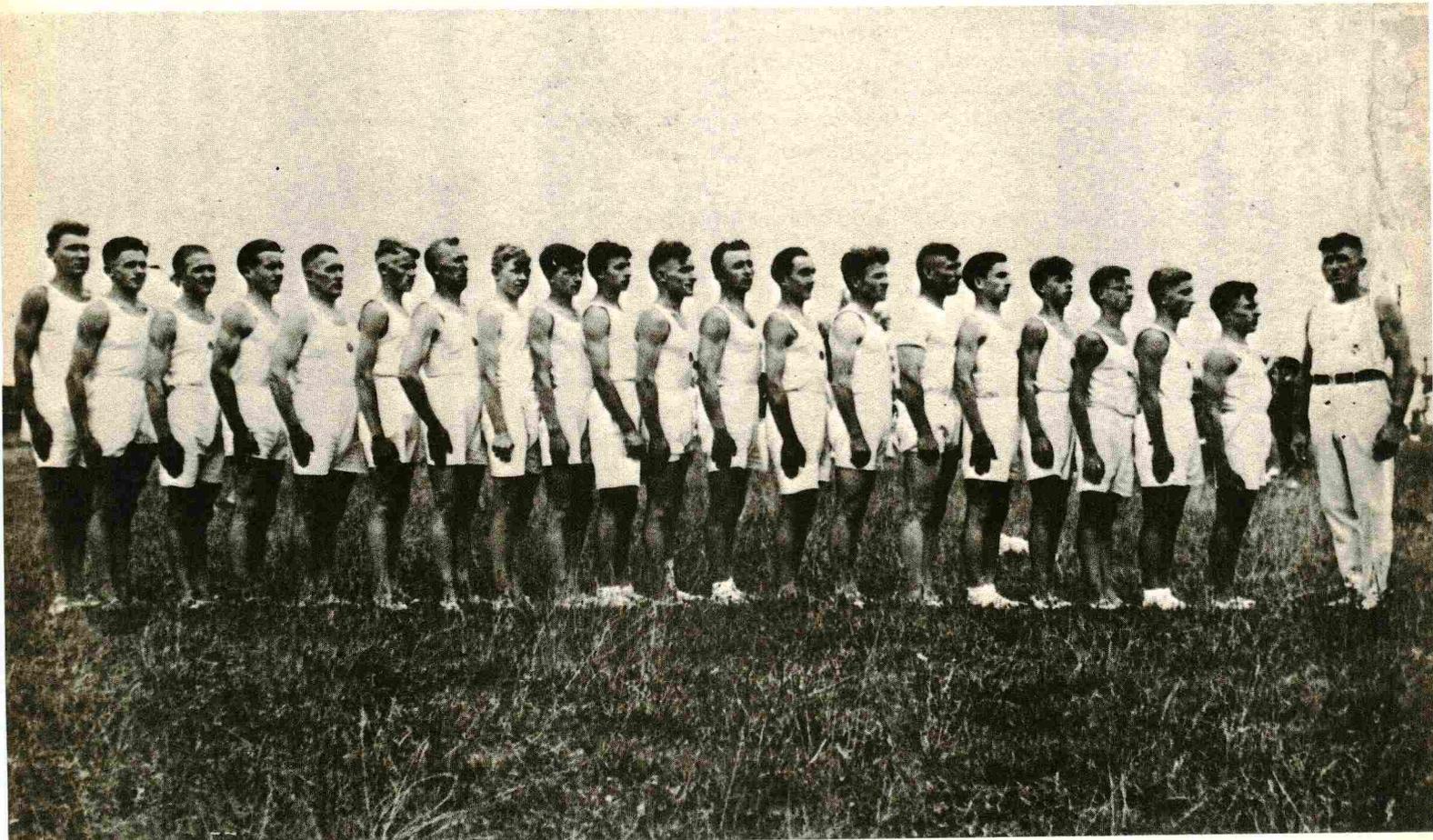
Wenn über die Weihnachtsgeschenke nachgedacht wird, so können wir nur empfehlen, das Buch „Merfeller Gebabbel“ und den neuen „blickpunkt“-Kalender, der dem Thema „Sport und Kultur“ gewidmet ist, in diese Gedanken mit einzubeziehen. In jedem Fall sind dies schöne Geschenke für Mörfelder, egal wo sie wohnen. Erhältlich sind Buch und Kalender in den Buchhandlungen, bei der Druckerei Scholl und Klug, bei Rudi Hechler, Hochstr. 22, Tel. 22 362, oder bei jedem anderen DKP-Mitglied in Mörfelden.

Heuchler

Das niedersächsische „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ macht einen Weihnachtsbasar. Frau Albrecht, die Frau des CDU-Ministerpräsidenten, hat ihn mit zierlichen Worten eröffnet. Vom Erlös werden Päckchen finanziert — für die Menschen in der DDR! Ist das nicht eine reizende Idee?

Da erhält nun eine Stahlarbeiterfamilie in Riesa oder Gröditz ein Päckchen mit einer Weihnachtskarte: „Aus dem Lande der Aussperrung und der Arbeitslosigkeit mit lieben Grüßen von Haus zu Haus — Ihre CDU.“ Und dazu selbstgestrickte Pulswärmer und drei Kekse.

Leute, die so sind und so was machen, soll Jesus Christus — wie man hört — vor 2000 Jahren schon aus dem Tempel gejagt haben!



Mörfelden gestern

Eine stramme Turnerriege. 44 Jahre ist es alt, dieses schöne Foto. Es wurde aufgenommen bei einem Sportfest in Arheiligen. Die Mörfelder erhielten damals die Höchstpunktzahl, 51 Punkte. Im neuen „blickpunkt“-Kalender sind zahlreiche solcher alten Erinnerungsbilder abgedruckt.